

Mazedonien: Politik auf dem Drahtseil

Von außen geächtet, im Innern zerrissen

Von Carsten Wieland

Eine alte Rundbogen-Brücke aus der Zeit des Osmanenreichs, ihre Quader mit „Zement“ aus Eierschalen gekittet, ist eines der wenigen Bauwerke, die das Erdbeben im Juli 1963 überlebten. Heute verbindet sie die kleine Altstadt Skopjes mit ihren Moscheen und dem Basar mit dem neuen Teil aus sozialistischen Blockbauten und mehrspurigen Straßen. Doch die Brücke über den Fluß Wardar schafft keine Verbindung. Sie ist zum Symbol der (freiwilligen) ethnischen Trennung geworden. In der Altstadt am Fuße des Forts wohnen die Albaner in kleinen, oft schmutzigen Gassen. Jenseits der Brücke leben mehrheitlich die Mazedonien in ihren hohen Häuserblocks. Keiner will vom anderen etwas wissen.

So sieht die Gesellschaft in der jüngsten Nation Europas aus. Nächstes Jahr sind Parlamentswahlen, vielleicht schon im März, und noch immer verstrickt sich die Innenpolitik in ethnischen Querelen und die Außenpolitik in der verzweifelten Abwehr nationaler Ansprüche ihrer Nachbarn, den „vier Wölfen“ – Bulgarien, Serbien, Albanien und Griechenland. Sie sind nach dem Zerfall Jugoslawiens wieder zum Leben erweckt worden.

Die Bulgaren bestreiten die Existenz einer mazedonischen Nation und Sprache. Sie halten Volk und Mundart für bulgarisch aus langer geschichtlicher Tradition. Deshalb können zwischen den Staaten keine Verträge geschrieben werden – in welcher Sprache denn? Radikale Serben halten die Mazedonien für serbisch und träumen von der Zeit des serbischen Großreichs unter Stefan Dusan, das im 14. Jahrhundert Mazedonien umfaßte. Fanatische Albaner möchten West-Mazedonien samt Kosovo im großalbanischen Reich vereint sehen. Und die Griechen sprechen von einer „brutalen Vergewaltigung der Geschichte“. Denn sie beschlagnahmen den antik-historischen Namen „Mazedonien“ auch für ihre moderne, nationale Geschichte. Auf Druck der panhellenischen sozialistischen PASOK-Regierung in Athen muß sich die Republik international weiterhin als „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ bezeichnen.

Doch die „Nation Mazedonien“, die zu Josip Broz Titos Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg per Dekret entstand, hat auch viele innere Feinde. Laut einer Volkszählung von 1994 leben in der Republik zwei Drittel Mazedonien (die Bulgaren als Bulgaren sehen, Griechen als eine Mischung von Slawen und radikale Serben als Serben), knapp 23 Prozent Albaner, vier Prozent Türken, zwei Prozent Serben, und andere. Die Albaner behaupten, in Wirklichkeit seien sie knapp die Hälfte. Die OSZE-Beobachter in Skopje geben zu, daß im Land etwa 120 000 Menschen ohne Staatsbürgerschaft leben.

Albanische Minderheit

Die albanische Minderheit bewohnt ein kompaktes Gebiet, das an Albanien angrenzt. Doch die meisten Albaner wissen, daß sie wirtschaftlich in der „Republik Mazedonien“ besser aufgehoben sind. „Wir wollen hier in Mazedonien leben“, sagt auch der junge Schumacher Redzep Hiseini, der in der Altstadt von Skopje wohnt. „Aber wenn unsere Politiker sagen, wir sollen uns erheben, dann werden wir kämpfen“, ergänzt der Boxer Naser Haruni mit Blick auf die von Serben unterdrückten Nationsgenossen im Kosovo, aber auch in bezug auf Mazedonien. Die Drohung ist ernst. Denn die meisten Parteien des Landes formieren sich entlang ethnischen Spannungslinien und ihre Politiker geben den Ton an.

Im Wahlkampf ist daher die Debatte um ein neues Wahlrecht entfacht. Soll es nationale Parteilisten geben und Verhältniswahlrecht nach d'Hondt? Soll das Land in Wahlbezirke gegliedert werden, damit die ethnischen Gruppen, wo auch immer sie leben, durch Verhältniswahlrecht möglichst genau im Parlament abgebildet werden? Oder soll das Mehrheitswahlrecht republikweit für klare Verhältnisse sorgen ohne Rücksicht auf ethnische Minderheiten?

Für die Westminster-Lösung tritt der Juraprofessor Gorgi Ivanov ein: „Das Parlament muß ein starker Entscheidungsträger sein, das sich den wirklichen Problemen zuwenden kann“. Das sorgt für Stabilität und wirtschaftlichen Aufbau. Als „Blitzableiter“ für ethnische Spannungen schlägt er einen Rat für Ethnische Angelegenheiten als eine Art zweite Kammer vor. Dieser sollte durch Verhältniswahlrecht entstehen und sich um Sprachstreitigkeiten, Erziehungswesen etc. kümmern. Ethnische Konflikte durch Proporz zu lösen, wie es der Politologe Arend Lijphart vorschlägt, hält Ivanov für verfehlt: „Dieses Modell läßt zum Beispiel die Exekutive in Bosnien-Herzegovina“.

Der regierende Sozialdemokratische Bund Mazedoniens (SDSM) ist mit dem bestehenden Mehrheitswahlrecht bisher gut gefahren. Er hat die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament, begünstigt dadurch, daß einige Parteien, wie die radikal-nationalistische Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Makedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE), die Wahlen 1994 boykottiert hatten. Doch die SDSM steht einem Kompromiß von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht offen gegenüber. Freiwillig gingen die Sozialdemokraten auch eine Koalition mit der Sozialistischen Partei (SP) und der moderaten albanischen Partei des Demokratischen Wohlstands (PDP) ein.

Die PDP hat wohl den schwersten Stand. „Unsere Partei muß zwischen den Extremen balancieren wie ein Akrobat

auf dem Drahtseil“, sagt der Fraktionsvorsitzende Ismet Ramadani. Besonders heikel ist der Streit um die bisher illegale albanische Mala Recica Universität in Tetovo. Etwa 4 000 Studenten lernen dort auf albanisch. Die Regierung nimmt sogar Blutvergießen in Kauf, um den Unterricht zu verhindern. Sie möchte nicht, daß eine neue intellektuelle Revolutionsschmiede entsteht, wie so oft auf dem Balkan. Für viele Albaner hat sich Tetovo zum Prüfstein ihrer Loyalität mit

rechtsdebatten befaßt. „Früher hatten wir nur eine albanische Partei. Jetzt sind es schon drei. Das ist gesund. Denn eine so große Gruppe von Menschen kann nicht ein einziges Interesse haben.“

Für gemeinsame Interessen jenseits der Ethnien steht die neu formierte Liberal Demokratische Partei (LDP): „Vor allem die regierenden Parteien spielen das Spiel des interethnischen Konflikts“, stimmt die Vizepräsidentin Angejka Peeva den Wahlkampf an. „Das Problem



dem mazedonischen Staat hochgeschaukelt. Einige lieferten sich Schlachten mit der Polizei, weil sie albanische Flaggen auf öffentlichen Gebäuden hängten. Für die Regierung ist dies auch Power-Play: Sie würde fünf bis zehn Prozent der mazedonischen Stimmen verlieren, wenn sie der Forderung nach albanischem Hochschulunterricht stattgeben würden, heißt es aus OSZE-Kreisen in Skopje.

Die PDP steht zwischen den Fronten. „Wir wollen alle Probleme innerhalb der Institutionen Mazedoniens lösen“, beteuert Ramadani. Er fordert sogar, die „Nationalitäten“ alle aus der Präambel der Verfassung zu streichen und durch „Bürger“ zu ersetzen, wie in Frankreich.

„Zwar erfüllt die „Republik Mazedonien“ die europäischen Standards für Minderheitenrechte. Von 34 Parteien sind zwölf im Parlament, die meist ethnische Minderheiten repräsentieren. Ein Albaner ist Vizepräsident des Parlaments. Doch viele Albaner wollen mehr. Albanisch soll zweite Amtssprache werden. Wenn die PDP auf Schmusekurs zur Regierung geht, könnte sie die albanischen Wähler in die Arme der radikalen albanischen Partei der Demokratischen Aktion (PDA) treiben.

Ist die Zersplitterung der albanischen Stimmen die erste Abkehr ethnischen Wahlverhaltens? „Die Dinge im Land reifen“, meint die Soziologiedozentinnen Natasha Gaber, die sich mit den Wahl-

sind die Regierung und die Führer der nationalistischen Parteien, nicht die Menschen.“ Wirtschaftliche Programme und den Beitritt zur EU stünden im Vordergrund. Doch wer die Zeitungsartikel im Land liest, könnte glauben, es gäbe keine anderen Probleme als historische und ethnische, geschrieben von meist alten „Historikern“, „Akademikern“ und „Journalisten“. Sie zitieren massenweise historische Dokumente, ergeben sich in der antiken Geschichte von Philipp II. und Alexander des Großen und versinken in statistischer Akribie, um die Unterdrückung mazedonischer Minderheiten in Nachbarstaaten anzuprangern. Von wirtschaftlichen Sorgen kaum eine Spur. Dabei wurde der Dinar im Juli schlagartig um 16 Prozent abgewertet. Diejenigen, die Arbeit haben, verdienen im Schnitt 300 Mark im Monat. Einige von ihnen haben schon seit zehn Monaten kein Gehalt mehr bekommen. Der Schwarzmarkt blüht.

Wenigstens seien die Konflikte hier nicht konfessionell aufgeteilt, wie in Bosnien, beruhigt sich der einzige Parlamentsabgeordnete der Demokratischen Partei der Türken (DPT), Kenan Hasipi. Aus diesem Grund bräuchten Türken und Albaner getrennte Parteien. „Religion soll Privatsache sein. In Mazedonien zählen Nationalitäten“, meint er zufrieden. Selbstredend ist Hasipi für das Verhältniswahlrecht.